

Nationalismusfalle - die Slowakei vor den Parlamentswahlen

Pänke, Julian

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Pänke, J. (2010). *Nationalismusfalle - die Slowakei vor den Parlamentswahlen*. (DGAP-Analyse kompakt, 2). Berlin: Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V.. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-217387>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

DGAPanalyse

kompakt

Forschungsinstitut der
Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik

Juni 2010 N° 2

Nationalismusfalle

Die Slowakei vor den Parlamentswahlen

von Julian Pänke



Deutsche Gesellschaft
für Auswärtige Politik e.V.

Nationalismusfalle

Die Slowakei vor den Parlamentswahlen

Julian Pänke

Am 12. Juni wählen die Slowaken ein neues Parlament. Wie alle Wahlkämpfe seit der Unabhängigkeit 1993 ist auch dieser durch eine extreme Konfrontation zwischen einem nationalistisch-sozialpopulistischen und einem bürgerlich-marktliberalen Lager geprägt. Die Regierung unter Ministerpräsident Robert Fico hat seit 2006 eine zunehmend ethnonational fundierte Minderheiten- und Geschichtspolitik geführt und dabei in Kauf genommen, dass sich das Verhältnis zur ungarischen Minderheit im eigenen Land und zu Budapest dramatisch verschlechtert hat. Die nationalistische Rhetorik der Regierungspartei Smer ist allerdings weniger ideologisch begründet, sondern dient vielmehr taktisch der Ablenkung von dringlichen Reformaufgaben (Bildung, Justiz, Gesundheit) und der Bekämpfung der Opposition sowie des Koalitionspartners – der slowakischen Nationalpartei (SNS). Die »ungarische Karte« verhilft Fico zwar höchstwahrscheinlich zu einer zweiten Amtszeit, könnte das Land aber auch in eine gefährliche Nationalismusfalle führen.

Wir gegen Die

In den letzten Tagen hat die Hochwasserkatastrophe den Wahlkampf zwar aus den Schlagzeilen der slowakischen Tageszeitungen verdrängt, dennoch ist die schroffe Konfrontation zwischen dem nationalistisch-sozialpopulistischen Regierungslager und der mehrheitlich bürgerlich-marktliberalen Opposition unübersehbar. Seit Regierungsantritt des Ministerpräsidenten Robert Fico 2006 hat sich die politische Atmosphäre des Landes immer weiter national aufgeladen. Der prominente Politikwissenschaftler Grigorij Mesežnikov beobachtet besorgt eine zunehmende »etatistische, egalitäre, antikapitalistische, nationalistische und xenophobe Rhetorik«.¹ Die slowakische Nationalpartei (SNS) schürt auf ihren Wahlplakaten ganz offen niedere Ängste vor der im Land lebenden ungarischen Minderheit (rund 10 Prozent).² Ging es Fico zunächst vor allem um Korrekturen des Reformkurses der ehemaligen Regierung Mikuláš Dzurindas,³ ergänzte er seine Agenda in den letzten beiden Jahren durch eine ethnonational begründete Minderheiten- und Geschichtspolitik.

Diese Geschichtspolitik bemüht sich um die Konstruktion eines geschlossenen, national-slowakischen Narrativs, das die Gründerväter der slowakischen Nationalbewegung des 19. Jahrhunderts mit den umstrittenen Protagonisten des Nationalkatholizismus der Jahre 1939–1945⁴ sowie den slowakischen

nationalkommunistischen Akteuren der ČSSR verknüpft. Robert Fico argumentiert, nur so könne das Bewusstsein einer »slowakischen Zugehörigkeit« gestärkt und ein Schutzwall gegen die »Aktivitäten einer bestimmten Sorte von Abenteurern« errichtet werden, »die die geistige Integrität der Slowakei zerschlagen« wollen.⁵

Alle Wahlkämpfe der letzten Jahre, zuletzt bei den Präsidentschaftswahlen im Frühjahr 2009, waren durch diese »Wir-gegen-Die«-Rhetorik geprägt. Smer und ihre Koalitionspartner, die slowakische Nationalpartei (SNS) und die Bewegung für eine Demokratische Slowakei (ES-HZDS), beschwören ein »echtes« Slowakentum, das gegen schädliche äußere Einflüsse und vor allem die eigenen Minderheiten verteidigt werden muss. Dadurch mobilisieren sie eine enttäuschte und frustrierte Wählerschaft in rückständigen Gebieten der Mittel- und Ostslowakei, die durch die Transformation mehr verloren als gewonnen hat – die Arbeitslosigkeit liegt in einigen dieser Regionen über 25 Prozent. Negative Konsequenzen dieser nationalistischen Symbolpolitik sind nicht nur dramatisch schlechte Beziehungen zu Budapest, sondern eine Gefährdung des Zusammenlebens der ethnischen Gruppierungen im eigenen Land. Dabei ist die ungarische Minderheit gut integriert, und das Thema ethnische Spannungen rangiert auf der Prioritätenskala einer Mehrheit der slowakischen Bevölke-

rung nicht oben (12 Prozent); als Hauptprobleme werden mit deutlichem Abstand die grassierende Arbeitslosigkeit (66 Prozent) sowie Klientelismus und Nepotismus (35 Prozent) angesehen.⁶

Prekäre Identität

Bei aller sichtbaren Instrumentalisierung nationaler Themen durch Smer, darf nicht übersehen werden, dass nationalistische Argumentationsmuster insbesondere in der Slowakei auf einen fruchtbaren Boden fallen können. Zwei historische Hinterlassenschaften haben diesen Boden bereitet. Zum einen ist die slowakische Nation im regionalen Vergleich ausgesprochen jung. Vor der Unabhängigkeit im Januar 1993 kann Bratislava nur auf eine sehr kurze eigene Staatlichkeit zurückblicken, nämlich den deutschen »Schutzstaat« Slowakei unter der Herrschaft Jozef Tisos zwischen 1939 und 1945, der als Identifikationsangebot diskreditiert ist. Da nicht nur ihre Staatlichkeit, sondern sogar ihre Wahrnehmung als eigenständige ethnische Gruppe bedroht war, haben die Slowaken ein noch ausgeprägteres Bedürfnis als ihre Nachbarn, sich der eigenen Identität zu vergewissern. Zum anderen wirkt das traditionell schlechte Verhältnis zu den Ungarn fort. Die Slowakei war als Oberungarn bis zum Vertrag von Trianon 1920 integraler Bestandteil des Ungarischen Königreichs. Ein eigenes slowakisches Bewusstsein hat sich erst in der Auseinandersetzung mit den Ungarn ausgebildet.

Doch in Budapest werden weder die prekäre Identität aufgrund einer jungen Staatlichkeit noch die Tatsache einer relationalen Identitätsbildung gegen Ungarn ausreichend berücksichtigt, sondern im Gegenteil durch eine unsensible ungarische Symbolpolitik zusätzlich befeuert. Im August 2009 plante der ungarische Staatspräsident László Sólyom einen Tag nach dem ungarischen Nationalfeiertag des Hl. Stephan die Einweihung eines Standbildes des ungarischen Schutzheiligen in einer Gemeinde der ungarischen Minderheit in der Südslowakei. Dieser symbolische Akt führte zu einer nachvollziehbaren, wenn auch nicht hinnehmbaren Überreaktion, nämlich der Abweisung des Präsidenten an der slowakisch-ungarischen Grenze. Der Entrüstungsturm beiderseits der Grenze verhin-

derte durch nationale Parteinahmen der beteiligten Akteure eine sachliche und konstruktive Diskussion über das umstrittene slowakische Sprachengesetz.⁷

Die Analytikerin Oľga Gyárfášová spricht in diesem Zusammenhang ganz zutreffend vom Phänomen »komplementärer Nationalpopulismen« in der Slowakei und Ungarn.⁸ Beide Seiten spielen dabei mit dem Feuer und richten ihren Scheuklappenblick allein auf den politstrategischen Ertrag im Innern. Jüngstes Beispiel ist das hochwillkommene Wahlkampfgeschenk der neugewählten nationalkonservativen Regierung in Ungarn: Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán hat ein reformiertes Staatsbürgergesetz durchgesetzt, das Angehörigen der magyarischen Minderheiten in den Nachbarländern die ungarische Staatsbürgerschaft auch ohne Wohnsitz in Ungarn verleiht. Das neue Staatsbürgerrecht bedrohe, so Fico, die Sicherheit seines Landes.⁹

Die »ungarische Karte«

Noch gewichtiger jedoch als diese realen Bezugspunkte einer nationalistischen Rhetorik ist der machtpolitische Tauschwert für die amtierende Regierungskoalition – vor allem Fico. Denn nur mit ihrer Hilfe vermag das nationalistisch-sozialpopulistische Lager über die tiefe Zerrissenheit der Koalition hinwegzutäuschen. Die Koalition vereint mit der sich sozialdemokratisch gebenden Smer, der national-chauvinistischen SNS und der sozialpopulistischen ES-HZDS drei auf der politischen Landkarte inhaltlich weit voneinander entfernte Parteien. Dies ist kein neues Phänomen der jungen Geschichte der Slowakei, auch die umstrittene Koalition Vladimír Mečiar (bis 1998) vereinte neben der HZDS die SNS und den de facto neokommunistischen Verband der Slowakischen Arbeiter (ZRS). Einziges Bindemittel ist stets ein übersteuerter rhetorischer Nationalismus. Somit vertreten die nationalistisch-sozialpopulistischen Eliten keine genuin rechtsradikalen Orientierungen, sondern repräsentieren einen Typus machtpraktischer Eliten, die meist aus rein politischem Kalkül Fragen der nationalen Identität und des Verhältnisses zu den Minderheiten im Sinne des Machterhalts instrumentalisieren.

Die Nationenbildung der Slowakei im Kommunismus¹⁰ begünstigte die Ausbildung solch mehrheitlich nicht ideologischer, sondern vielmehr »geschichtsloser«¹¹, machtpolitisch populistischer Eliten. Dabei erfüllt die Instrumentalisierung des Nationalen – vor allem durch Ausspielen der »ungarischen Karte« – für Robert Fico drei Zwecke: 1) Tarnung der politischen Orientierungs- und Inhaltslosigkeit der Regierungskoalition; 2) Ablenkung von den dringlichen Reformaufgaben in Bildung, Justiz und Gesundheit sowie Bekämpfung der Arbeitslosigkeit; 3) Druck sowohl auf die Opposition¹² als auch und noch wichtiger auf den eigenen Koalitionspartner. Das »Schlagen in die antiungarische Kerbe«¹³ steigert die Attraktivität der Smer für nationalistische Wählergruppen und kann die SNS möglicherweise neutralisieren. Der polarisierende und simplifizierende Politikstil hat den Smer-Wählern verschleiert, dass letztendlich eine Abkehr von der Reformpolitik der Dzurinda-Regierungen ausgeblieben ist. Auch die Flat-Tax, die einen Einheitssteuersatz von 19 Prozent festsetzt, blieb unangetastet; lediglich symbolische Schritte wie die Abschaffung von Arztgebühren und eine 13. Monatszahlung für Rentner wurden umgesetzt.¹⁴

Ficos Kalkül scheint aufzugehen, denn derzeit liegt in den Umfragen Smer-SD bei 35 Prozent, konnte also im Vergleich zu den letzten Parlamentswahlen nochmal um 6 Prozent zulegen.¹⁵ Beide Koalitionspartner, sowohl die SNS Ján Slotas als auch die ĽS-HZDS geraten ins Hintertreffen. Ist der Einzug der SNS trotz halbiertes Umfrageergebnisses (derzeit bei 6 Prozent) noch wahrscheinlich, so droht Mečiar Bewegung (5,1 Prozent) an der Fünfprozenthürde zu scheitern.¹⁶

Gespaltene Opposition

Einen noch zerrisseneren Eindruck als die Regierungskoalition hinterlässt allerdings das Oppositionslager. Wie schon 1998 wird die Opposition einzig und allein von dem Wunsch zusammengehalten, den Ministerpräsidenten von der Macht abzulösen. Das wird diesmal kaum gelingen, zu groß ist der Abstand zu Fico, dem in der Bevölkerung beliebtesten Politiker. Das Erbe der bunten Anti-Mečiar

Koalition bürgerlicher Kräfte, die 1998 die Wahlen gewann und Bratislava durch eine resolute Reformpolitik (Privatisierungen, Steigerung der Auslandsinvestitionen, Sozialabbau, Flat-Tax) bis 2006 zum Musterschüler Ostmitteleuropas transformierte, ist verblasst. Nicht vergessen und verziehen sind die damit einhergehenden gewaltigen sozialen Kosten innerhalb der Gesellschaft.

Es ist den fünf relevanten Oppositionsparteien nicht gelungen, die national aufgeladene Rhetorik des Regierungslagers zu durchbrechen. Selbst die beiden großen christdemokratischen Parteien, die SDKÚ-DS (derzeit um 14 Prozent) und die KDH (um 8 Prozent)¹⁷ sind in der Frage der slowakischen Beteiligung an einem Hilfspaket im Rahmen der Eurokrise zerstritten. Die vom früheren slowakischen EU-Kommissar Ján Figel geführte KDH befürwortet die Hilfe, die SDKÚ-DS des früheren Ministerpräsidenten Dzurinda ist dagegen. Mit besonders scharfer Kritik am Hilfspaket und einer allgemein gehaltenen Antiestablishment-Rhetorik profiliert sich die neu gegründete liberale Partei »Freiheit und Solidarität« (SaS), die mit gut 13 Prozent etwa gleichauf mit den beiden christdemokratischen Parteien liegt.¹⁸ Um ein überzeugendes Angebot an die Wähler zu machen, müsste sich die Opposition inhaltlich geschlossener präsentieren.

Die Interessenvertretung der ungarischen Minderheit SMK-MKP¹⁹ wiederum hat sich in Reaktion auf das sich verschlechternde slowakische-ungarische Verhältnis gespalten. Der langjährige Chef der SMK Béla Bugár hat im letzten Jahr mit einer überethnisch ausgerichteten Abspaltung politisches Neuland betreten. Die neu gegründete Partei »Most-Híd« enthält schon im Namen ihr Programm. »Most« ist die slowakische und »Híd« die ungarische Bezeichnung für »Brücke«. So begrüßenswert diese Initiative ist, hat sie doch vor allem zu einer Radikalisierung der verbliebenen SMK geführt; deren neue Führung unter dem Vorsitzenden Pál Csáky richtete sich mehr und mehr an konservativen Politikern in Budapest aus, namentlich an Viktor Orbán. Beide Nachfolgeparteien liegen in den Umfragen bei 6 Prozent²⁰ und fallen damit als potenzieller starker Koalitionspartner, wie unter Dzurinda, aus.

Ausblick

Robert Fico wird die Wahlen am Samstag voraussichtlich souverän für sich entscheiden und Smer wird dementsprechend als mit Abstand stärkste Partei den Regierungsauftrag erhalten. Spannend bleibt allerdings die Frage, ob es der SNS und vor allem Mečiar's ES-HZDS gelingen wird, wieder in das slowakische Parlament einzuziehen. Wenn ihnen dies gelingt, erleben wir die Fortsetzung der derzeitigen Koalition, bei geschwächten Koalitionspartnern. Dies verheißt insbesondere für die slowakisch-ungarischen Beziehungen, verstärkt durch Orbáns Sieg

in Ungarn, nichts Gutes. Doch sollten SNS und ES-HZDS der Einzug ins Parlament nicht gelingen und damit Ficos Kalkül einer Neutralisierung radikaler Kräfte aufgehen, bietet sich eine historische Chance: Zum ersten Mal seit der Unabhängigkeit 1993 wäre eine Koalition, d.h. zwischen der sozialpopulistischen Smer und einer der bürgerlich-marktliberalen Parteien, denkbar. Damit wäre ein dringend notwendiger gesellschaftlicher Versöhnungsprozess möglich, der Smer von ihrer nationalistischen Rhetorik abbringen und der zukünftigen Regierung die Konzentration auf die Bekämpfung sozioökonomischer Problemlagen erleichtern würde.

Anmerkungen

- 1 Grigorij Mesežnikov, Slovakia, in: ders. u. a. (Hrsg.), *Populist Politics and Liberal Democracy*, Bratislava 2008, S. 130.
- 2 U. a. mit Slogans wie »Unsere Grenzen bleiben unsere Grenzen« oder »Der Nachbar sollte nicht zum Feind werden«.
- 3 Ursprünglich forderte Smer (»Die Richtung«) in den Wahlkämpfen 2002 und 2006 die Ausweitung staatlicher Interventionen, eine Verlangsamung der Eigentumsumwandlung und eine verstärkt redistributive Politik.
- 4 Infolge des Münchner Abkommens 1938 und des Einmarschs deutscher Truppen in Prag im März 1939 wurde am 14. März die Erste Slowakische Republik als formal unabhängiger deutscher Vasallenstaat unter Führung des katholischen Priesters Jozef Tiso geschaffen.
- 5 Fico oslávil Cyrila a Metoda na Devíne a vyzýval k slovenskej spolupatričnosti (dt: Fico feierte Kyrill und Methodius auf der Burg Devin und rief zur Stärkung des slowakischen Zusammengehörigkeitsgefühls auf), Meldung der Nachrichtenagentur SITA, 5.7.2008, über: <<http://www.pravda.sk>>. Vgl. Kai Olaf Lang, *Populismus in den neuen Mitgliedsländern der EU. Potentiale, Akteure, Konsequenzen* (SWP-Studie 2009/S 16), Berlin, Mai 2009, S. 26 f.
- 6 Institut für Öffentliche Angelegenheiten (IVO), 2006–2010.
- 7 Das slowakische Sprachengesetz stellt in Orten und Bezirken, in denen der Bevölkerungsanteil einer ethnischen Minderheit unter 20 Prozent liegt, den Gebrauch anderer Sprachen neben dem Slowakischen auf Behörden und Ämtern unter Strafe.
- 8 Oľga Gyárfášová im Fachgespräch, Wahlen in Ostmitteleuropa. Innen- und Außenpolitische Konsequenzen, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin, 7.6.2010.
- 9 Vgl. Karl-Peter Schwarz, Entlastung aus Budapest, in: FAZ, 21.5.2010, S. 5; ders., Staatsbürgerschaft jenseits der Grenzen, in: FAZ, 26.5.2010, S. 8.
- 10 Eine Nationenbildung hat in der Slowakei erst mit dem Kommunismus eingesetzt, denn im Zuge der »Normalisierung« unter Gustáv Husák nach Niederschlagung des Prager Frühlings 1968 erhielt die Slowakei eine größere Autonomie. Die staatsrechtliche Anerkennung der slowakischen Nation vollzog sich also erst unter dem kommunistischen Regime und erklärt teilweise das Zusammengehen nationaler und sozialromantischer Kreise in der Slowakei.
- 11 Shari Cohen, *Politics without a Past. The absence of history in postcommunist nationalism*, Durham, NC, 1999; vgl. Pavol Demeš, Joerg Forbrig, Robin Shepherd, *Reclaiming Democracy: Civil Society and Electoral Change in Central and Eastern Europe*, The German Marshall Fund 2007.
- 12 Robert Ficos antiungarische Rhetorik diente in der Vergangenheit auch dazu, die slowakische konservative Opposition permanent unter Druck zu setzen und zur beständigen Distanzierung von der SMK zu zwingen – dies bewirkte auch eine Radikalisierung der SMK – und lieferte gleichzeitig Argumente für die nationalistische Propaganda der SNS und Smer-SD.
- 13 Georg Paul Hefty, Auf der Suche nach einem anderen Nationenbegriff, in: FAZ, 16.9.2009, S. 10.
- 14 Vgl. Kai Olaf Lang, *Populismus in den neuen Mitgliedsländern der EU*, a. a. O., S. 17 und 26.
- 15 Institut für öffentliche Angelegenheiten (IVO), vorgelegt von Oľga Gyárfášová im Fachgespräch, a. a. O. (Anm. 8).
- 16 Ebd.
- 17 Ebd.
- 18 Ebd. Vgl. Wut in Slowenien und der Slowakei, in: FAZ, 8.5.2010, S. 6.

19 SMK – Strana madarskej koalície (auf Slowakisch), MKP
– Magyar Koalíció Partja (auf Ungarisch).

20 Institut für öffentliche Angelegenheiten (IVO), vorgelegt
von Olga Gyárfášová im Fachgespräch, a. a. O. (Anm. 8).

Die DGAP trägt mit wissenschaftlichen Untersuchungen und Veröffentlichungen zur Bewertung internationaler Entwicklungen und zur Diskussion hierüber bei. Die in den Veröffentlichungen geäußerten Meinungen sind die der Autoren.

Herausgeber:

Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V. | Rauchstraße 17/18 | 10787 Berlin
Tel.: +49 (0)30 25 42 31-0 | Fax: +49 (0)30 25 42 31-16 | info@dgap.org | www.dgap.org | www.aussenpolitik.net
© 2010 DGAP